

# **Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

## **Oldenburgisches Gemeinde-Blatt. 1854-1903 49 (1902)**

4 u.5. (1.2.1902)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-766094](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-766094)

# Oldenburgisches Gemeinde-Blatt.

Vierteljährlich erscheinen 13 Nummern. Abonnementspreis jährlich 2 M.

1902. Sonnabend, 1. Februar. № 4 u. 5.

## Uebersicht

über die Thätigkeit des Reichamts Oldenburg  
im Jahre 1901.

	Geaichte Gegenstände	Geprüfte	Zu- sammen
Längenmaaße . . . . .	30	1	31
Flüssigkeitsmaaße . . . . .	102	61	163
Fässer . . . . .	380	—	380
Gewichte . . . . .	3504	4051	7555
Waagen . . . . .	259	431	690
Einzelne Theile zu Getreide- proben . . . . .	—	30	30
Zusammen	4275	4574	8849

## Uebersicht

über die im Bezirke der Stadt Oldenburg im Monat  
December 1901 vorgekommenen Eheschließungen, Geburten  
und Sterbefälle.

### 1. Eheschließungen.

Geschlossene Ehen im Ganzen . . . . .	7
Darunter waren Eheschließungen, in denen:	
Mann und Frau noch nie verheirathet . . . . .	5
Mann Wittwer, Frau ledig . . . . .	1
Mann ledig, Frau Wittwe . . . . .	—

Mann und Frau verwittwet . . . . .	1
Mann oder Frau geschieden . . . . .	—
Mann und Frau evangelisch . . . . .	6
Mann und Frau katholisch . . . . .	—
Mann und Frau jüdisch . . . . .	—
Mann evangelisch, Frau katholisch . . . . .	—
Mann katholisch, Frau evangelisch . . . . .	1
Mann christlich, Frau nicht christlich . . . . .	—
Mann nicht christlich, Frau christlich . . . . .	—
Mann und Frau nicht christlich . . . . .	—

## 2. Geburten.

Anzahl der Geburten überhaupt . . . . .	32
Anzahl der Geborenen derselben . . . . .	32

Darunter waren:

Einfache Geburten und Geborene . . . . .	32
Mehrlings-Geburten . . . . .	—
Geborene derselben . . . . .	—
	Knaben . . . . . 19
	Mädchen . . . . . 12
lebend geboren	{ Knaben . . . . . 18
	{ Mädchen . . . . . 13
todt geboren	{ Knaben . . . . . 1
	{ Mädchen . . . . . 1
Ehelich	{ lebend geboren { Knaben . . . . . 16
	{ Mädchen . . . . . 8
	{ todt geboren { Knaben . . . . . 1
	{ Mädchen . . . . . 1
Unehelich	{ lebend geboren { Knaben . . . . . 2
	{ Mädchen . . . . . 4
	{ todt geboren { Knaben . . . . . —
	{ Mädchen . . . . . —

## 3. Sterbefälle.

Gestorben überhaupt . . . . .	37
Darunter aufgefundenene Leichen . . . . .	—
Männliche Gestorbene . . . . .	18
Weibliche Gestorbene . . . . .	19
todt geboren	{ Knaben . . . . . 1
	{ Mädchen . . . . . 1
verstorbene Kinder	{ Knaben . . . . . 4
unter 5 Jahre alt	{ Mädchen . . . . . 4

Ledige	{ Männlich . . . . .	10
	{ Weiblich . . . . .	8
Verheirathete	{ Männlich . . . . .	4
	{ Weiblich . . . . .	5
Verwitwete	{ Männlich . . . . .	4
	{ Weiblich . . . . .	6
Geschieden	{ Männlich . . . . .	—
	{ Weiblich . . . . .	—

### Uebersicht

über den Betrieb im städtischen öffentlichen Schlachthause zu Oldenburg im Dezember 1901.

Es gelangten im Monat Dezember 1108 Thiere zur Schlachtung und zwar 103 Ochsen, 19 Bullen, 29 Kühe, 15 Quenen, 281 Kälber, 100 Schafe, 556 Schweine und 15 Pferde.

Als ungeeignet zur menschlichen Nahrung mußten beschlagnahmt und vernichtet werden: 7 Rinderlungen und 1 Rinderleber wegen Tuberculose, 4 Schweinslebern, 1 Rinderleber und 1 Lunge wegen Schinococcen, 2 Schweinslungen wegen Schweinefeuche, 9 Schaflebern und 1 Rinderleber wegen Leberegel, 3 Schweinslungen und 2 Schafslungen wegen Haarwürmern, 1 Rinderlunge und 1 Leber wegen Abscessen, 2 Kalbsnieren wegen Nephritis fibroplastica, 3 Schweinsnieren, 2 Schweinslungen, 1 Schweinsleber, 2 Schafslungen, 1 Rinderlunge und 1 Pferdeleber wegen chronischer Entzündungen, außerdem zahlreiche Fleisch- und Organtheile, Föten u. Finnen von *Taenia saginata* wurden im lebensfähigen, entwickelten Stadium bei 2 Kindern angetroffen.

Als minderwerthig resp. unter Deklaration wurden auf der Freibank verkauft: 3 Ochsen und 1 Quene wegen Finnen, 3 Schafe wegen Zellgewebswassersucht, 1 Schwein wegen Transportschäden und 1 in der Stadt konfiszierter frischer Schinken, der weder den hiesigen Untersuchungstempel noch einen Trichinenschautempel trug.

Von auswärts eingeführt und zur Untersuchung vorgelegt wurden  $1\frac{1}{2}$  Großvieh, 83 Kälber, 61 Schafe und  $115\frac{1}{2}$  Schweine, letztere waren bereits alle außerhalb amtlich auf Trichinen untersucht. Beanstandet und vernichtet

wurden hiervon das Fleisch und die Eingeweide von einem Kalbe wegen jauchiger Gelenkentzündung und an Organen, 4 Schaflebern wegen Leberegel wie auch viele Fleisch- und Organtheile. Auf die Freibank verwiesen wurde 1 Kalb wegen Unreife.

### **Die Arbeitslosigkeit und die Stadtverwaltungen.**

Die immer deutlicher hervortretende Arbeitsnoth im Deutschen Reiche hat die Aufmerksamkeit der weitesten Kreise auf Abhülfsmaßregeln gegen dieselbe gelenkt, die schon in Nr. 52 des Gem. Blatts 1901 einer kurzen Kritik unterzogen worden sind.

Im Nachstehenden wird ein Aufsatz, den der Stadtbeirath Dr. Schott in Mannheim, früher in Oldenburg, im „Technischen Gemeindeblatt“ hat erscheinen lassen, zum Abdruck gebracht, der über den Nutzen städtischer sogenannter Nothstandsarbeiten Aufklärung giebt. Für die Stadt Oldenburg würden solche Arbeiten freilich nicht in Betracht kommen, da erstlich hier eine Arbeitslosigkeit größeren Umfanges nicht besteht und sodann die derzeitigen baulichen Arbeiten der Stadt (Kanalisation u. dergl.) schon eine hinreichende Arbeitsgelegenheit gewähren dürften.

Dr. Schott schreibt: „Der vor kurzem in Berlin zusammengetretene Verbandsausschuß deutscher Arbeitsnachweise hat die Verpflichtung der Gemeindebehörden betont, für den Fall eintretender massenhafter Arbeitslosigkeit die nöthigen Maßnahmen ins Auge zu fassen, also die Mittel für die sofortige Durchführung in Aussicht genommener Arbeiten zu bewilligen u. dgl. Es ist immerhin erfreulich, daß ein großer Theil der Stadtverwaltungen diese Aufforderung von kompetenter Seite nicht erst abgewartet, sondern in Voraussicht der kommenden Dinge theilweise schon vor geraumer Zeit die Schaffung außerordentlicher Arbeitsgelegenheit für diesen Winter vorbereitet hat.

Der planmäßigen Vorbereitung derartiger Nothstandsaktionen stellen sich freilich sehr erhebliche Hindernisse in den Weg. Vor allem ist es fast unmöglich, den Umfang der kommenden Arbeitslosigkeit richtig abzuschätzen, ja sogar hinsichtlich deren augenblicklicher Ausdehnung hat man meist keine sicheren Anhaltspunkte. So ist z. B. in Mannheim vor einigen Wochen die Zahl der Arbeitslosen seitens des Arbeitersekretariats auf 5000 geschätzt worden, in die kurz

darauf an verschiedenen Stellen ausgelegten Listen haben sich aber trotz aller Aufforderungen nur 700 Personen eingezeichnet. Auch die letztgenannte Zahl verdient indessen keinen Anspruch auf volle Glaubwürdigkeit, da Indifferenz und bei manchen gelernten Arbeitern auch ein gewisser Stolz vom Eintrag in die Listen abhalten mögen, umgekehrt aber erfahrungsgemäß nur 50—75 % der zur Nothstandsarbeit Zugelassenen diese aufnehmen. Die zu Anfang der neunziger Jahre häufig ventilirte, dann aber infolge der Gunst der wirthschaftlichen Verhältnisse fast verstummte Frage nach einer einwandfreien Methode der Feststellung der Arbeitslosigkeit harret eben auch heute der Lösung noch genau so, wie vor zehn Jahren. Eine Schätzung nach Symptomen, wie etwa dem Arbeitsmarkt der öffentlichen Arbeitsnachweisanstalten, dem Armenaufwand, dem Ab- und Zugang lediger Personen, der Mitgliederzahl der Betriebskrankencassen usf. bietet doch nur einen nothdürftigen Ersatz einer korrekten Zählung. Noch viel schwieriger als für einzelne Städte gestaltet sich natürlich die Erhebung für ein ganzes Staatsgebiet, die doch unter dem Zwang der Verhältnisse mit möglichster Schleunigkeit durchgeführt werden soll. Immerhin läßt sich nach den bis jetzt bekannt gewordenen Ergebnissen der Enquêtes in einzelnen Bundesstaaten und nach den Beobachtungen der Arbeitsnachweise und Landesversicherungsanstalten mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß ein bedeutender Rückstrom aus den Städten aufs Land und auch eine Abwanderung ausländischer Arbeitskräfte stattgefunden hat. Trotz der so verminderten Spannung lastet doch auf den Städten noch ein erheblicher Druck durch Arbeitslosigkeit, am stärksten wohl auf den Städten, welche während der günstigen wirthschaftlichen Konjunktur der letzten Jahre besonders rasch gewachsen sind. Zu diesen gehört in erster Linie die Stadt Mannheim, deren Verwaltung deshalb auch bereits im Juli d. J. mit den Vorbereitungen zur Bekämpfung des im Winter zu erwartenden Nothstandes begonnen und eine bezügliche Vorlage den bürgerlichen Kollegien eben unterbreitet hat. Einen besonderen Werth gewinnt diese Vorlage dadurch, daß ihr Mittheilungen über die im vorigen Winter stattgehabte Beschäftigung von Arbeitslosen in 30 Städten des Reiches beigegeben sind, welche eine willkommene Ergänzung und Erweiterung der verdienstlichen, aber nothgedrungenen summarischen Angaben Hirschbergs im statistischen Jahrbuch deutscher Städte bilden.

Welches sind nun die im letzten Winter ausgeführten und diesmal wieder in Aussicht genommenen Nothstands-



arbeiten? Die Auswahl ist keine große! Durchweg findet man Steinklopfen, Bau- Erd- und verwandte Arbeiten als Beschäftigung angegeben, sofern nicht Schneefall und Eis (Rehren von Schlittschuhbahnen, Abweisung von Gewässern) unerwartet zu Hülfe kommen. Ganz vereinzelt sind daneben Reparaturarbeiten in Werkstätten und Schreibstubenbeschäftigung namhaft gemacht. Der weitaus überwiegende Theil der Arbeiten ist derart, daß er von jedem ungelerten Arbeiter verrichtet werden kann. Danach sind wir noch weit von der Erfüllung des von G. Adler aufgestellten Postulats entfernt, wonach die Zuweisung passender Arbeit oberstes Prinzip für die Arbeitslosenbeschäftigung sein müsse. Sofern damit gesagt sein soll, daß keinem gelerten Arbeiter eine seine Geschicklichkeit schädigende Arbeit zugewiesen werden dürfe, läßt sich genau angeben, in welchem Grade diese Forderung erfüllt wird. Nach einer für Essen vom dortigen statistischen Amt aufgestellten Berechnung hat nämlich die Zahl der angemeldeten ungelerten Arbeiter unter den Arbeitslosen im letzten Winter 74,2 Prozent betragen, und genau dasselbe Verhältniß (74,3 Prozent) ist vom Mannheimer Tiefbauamt bei den dortigen Arbeitslosen konstatiert worden. Reichlich ein Viertel der Arbeitslosen wäre demnach in unzweckmäßiger Weise beschäftigt.

Gewiß wäre Niemand froher als die Stadtverwaltungen selbst, wenn sie jeden Arbeitslosen in der für ihn passendsten Weise beschäftigen könnten, dürften sie dann doch hoffen, wenigstens einen Theil der durch die Verwendung von Arbeitslosen an Stelle anderer Arbeiter entstehenden Mehrkosten zu ersparen. Ueber die Höhe dieser Mehrkosten gewährt die erwähnte Mannheimer Zusammenstellung interessante Aufschlüsse. Bei Erdarbeiten finden wir von mehreren Städten den Mehraufwand für Nothstandsarbeit gegenüber normaler Arbeit übereinstimmend mit 20 Prozent angegeben. In den meisten Fällen ist aber die Differenz erheblich größer, und zwar aus Gründen, die weniger in der Zusammensetzung des Arbeitskörpers als in der Beschaffenheit des verarbeiteten Materials liegen. Da nämlich die Monate großer Arbeitslosigkeit regelmäßig in den Winter fallen, müssen die Erdarbeiten häufig bei schwer zu bearbeitendem gefrorenem Boden vorgenommen werden, wodurch die Kosten der Arbeit sich naturgemäß bedeutend erhöhen und auf das dreifache, ja vierfache normaler Arbeit steigen. Die Einstellung der Erdarbeiten wird aber häufig so lange, als angängig, also etwa bis zum Sinken der Temperatur auf 8—10

Grad unter Null vermieden. Ebenso pflegt das — bei den Arbeitslosen selbst unbeliebte — Zerkleinern von Steinen (Schotter schlagen) für die Stadtverwaltungen mit großen Mehrkosten gegenüber dem direkten Bezuge verbunden zu sein (so in München 42 500 gegen 12 500 M.), zumal die ungleichmäßige Beschaffenheit des von Arbeitslosen gehauenen Schotters die spätere Unterhaltung der Straßen vertheuert.

Danach müssen gerade die beliebtesten Nothstandsarbeiten, die Erdarbeiten, in doppelter Hinsicht als irrational bezeichnet werden: einmal für die Arbeitslosen selbst, die häufig nicht entsprechend ihrer Qualität beschäftigt werden, zudem, wenn sie aus gedeckten Arbeitsräumen kommen, unter den Unbilden der Witterung zu leiden haben, irrational aber auch für die Stadtverwaltungen infolge der unverhältnismäßigen Höhe des Mehraufwandes gegenüber normaler Arbeit.

Wie unsicher und tastend die Stellungnahme der Stadtverwaltungen gegenüber der Arbeitslosenbeschäftigung ist, geht nicht nur aus dem meist unter dem unmittelbaren Druck der Verhältnisse gefaßten späten Entschluß zu dieser, sondern auch aus der ganz verschiedenen Behandlung der Lohnfrage hervor. G. Adler, welcher das Problem der Arbeitslosigkeit wohl am gründlichsten untersucht hat, hält für Nothstandsarbeiten einen niedrigeren, als sonst für die entsprechenden Arbeiten gezahlten Lohn für zulässig und verlangt nur, daß der Entgelt überhaupt in einem günstigen Verhältniß zur Leistung des Arbeiters stehe. Da aber schon aus den oben mitgetheilten Ziffern\*) über den Mehraufwand hervorgeht, daß die Durchschnittsleistung des Arbeitslosen aus begreiflichen Gründen hinter der normalen zum Theil erheblich zurückbleibt, so stellen einige Städte (Frankfurt, Magdeburg) den Grundsatz auf, daß der Nothstandslohn den ortsüblichen Tagelohn nicht erreichen dürfe, Magdeburg noch weiter, daß er nur das Existenzminimum decken solle. Andere Städte binden sich nicht an die erstgenannte Grenze, und es läßt sich zu Gunsten ihrer Auffassung anführen, daß die Gesamtleistung der Arbeitslosen freilich eine geringe zu sein pflegt, beim einzelnen Arbeiter dies aber nicht der Fall zu sein brauchte. Dem entsprechend

\*) Genaueren Berechnungen des Mannheimer Tiefbauamts zufolge betrug bei der vor einigen Wochen begonnenen Arbeitslosenbeschäftigung mit Erdarbeiten der Werth der Leistung eines Arbeiters 1,32—2,20 Mf. bei Tagelohn, und ca. 15% mehr bei Akkordarbeit. Der Tagelohnsatz für Arbeitslose ist 2,50, der ortsübliche Tagelohn 2,70 Mf.



variirt der Lohn theilweise erheblich, so in Aachen zwischen 2,00—3,50 M., Köln 1,50—3,80, Mainz 1,16—3,80 M. und so fort. Die Größe der Schwankungen ist zunächst in der Verschiedenheit der Arbeitsleistung und Lohnart (Akkordlohn!) begründet, dann spielen die Berücksichtigung des Familienstands des Arbeiters, seines Alters und andere Umstände eine Rolle. Als maßgebend für die Höhe des Lohnes wird weiterhin gelegentlich die Rücksichtnahme auf die Privatindustrie bezeichnet, welcher die Stadtverwaltung nicht die Arbeiter abspenstig machen dürfe. So theoretisch dieser Einwand klingt — wer sollte die kurze Arbeitslosenbeschäftigung fester Fabrikarbeit vorziehen! — ist er doch, wie die Praxis in Mannheim gelehrt hat, nicht ganz unberechtigt. Die Möglichkeit stärkerer Einwirkung auf die arbeitgebende Stadtverwaltung, die Hoffnung auf endgültiges Unterkommen bei der Stadt und andere Beweggründe mögen da mitsprechen.

Der g e s a m m t e A u f w a n d für die Beschäftigung Arbeitsloser belief sich im vergangenen Winter in den 13 Städten, welche entsprechende Mittheilung gemacht haben, d. i. Barmen, Chemnitz, Dresden, Düsseldorf, Essen, Gera, Halle, Mainz, Mannheim, Mühlhausen, München, Ossenbach und Straßburg, auf 513 363 M. In diesen Ziffern ist freilich die Materialbeschaffung (Basalt-schlacken), und der Aufwand für Werkzeuge zuweilen mit enthalten. Charakteristischer ist daher der Mehraufwand, welcher den Städten in Folge der Verrichtung der Arbeiten durch Arbeitslose entstanden ist. Darüber haben 11 Städte genauere Angaben gemacht, welche bei einer Gesamtausgabe von 454 977 M. diesen Mehraufwand auf 179 930 M. oder rund 40 Prozent beziffern. Auf den Kopf der Bevölkerung bedeutet dies eine Mehrausgabe von 9 Pfennig; die höchste Belastung ergiebt sich in Mannheim mit 27 Pfennig, also dem dreifachen. Rechnet man weiterhin die Einwohnerzahlen jener Städte hinzu, welche nach ihrer Mittheilung überhaupt keine Nothstandsarbeiten haben ausführen lassen, so reduziert sich der erwähnte Kopfbetrag auf 3 Pfennig. Mit ziemlicher Bestimmtheit wird man demnach annehmen dürfen, daß im Durchschnitt sämtlicher deutschen Groß- und Mittelstädte nicht mehr als 1 Pfennig Belastung durch Nothstandsarbeiten auf den Einwohner entfällt.

Im kommenden Winter werden nun freilich in Folge der wesentlich vermehrten Arbeitslosigkeit die Ausgaben höher werden. In Mannheim z. B., das schon seit 11 Jahren regelmäßig Nothstandsarbeiten vornehmen läßt, sind eigentliche Nothstandsarbeiten und außerordentliche Ar-

beiten zwecks Beschäftigung Arbeitsloser mit einem Gesamtlohnaufwand von 120 400 Mk. vorgesehen, von welchen 29 500 Mk. als Mehrkosten der Arbeitslosenbeschäftigung zu betrachten sind. Im ganzen wird die Stadt im kommenden Winter mehr als 3000 Arbeiter direkt oder indirekt beschäftigen.

Trotz der in einzelnen Städten nicht unempfindlichen Belastung ist es nach dem Gesagten weniger die Höhe der verausgabten Summe, als deren ziemlich schablonenmäßige und unwirtschaftliche Verwendung, welche zu Bedenken Anlaß giebt. Und doch ist bei allen ihren Schattenseiten die Nothstandsarbeit noch die zweckmäßigste Art der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, nachdem man nicht mehr, wie in früheren Zeiten, den unfreiwillig Feiernden einfach aufhängt oder nach Malthus' Rezept verhungern läßt. Bleibt doch außer ihr nur die entsprechende Armenunterstützung, die entsittlichende unbegründete Inanspruchnahme der Krankenkassen, die entwürdigende Anrufung der privaten Mithätigkeit, der Bettel oder die eigenmächtige Aneignung fremden Gutes. Durch Gewährung außerordentlicher Arbeit wird die Gemeinde darum ihre Angehörigen vor tieferem Sinken bewahren. Allein sie ist kaum in der Lage, allen zu helfen, welche sich an sie wenden, in den meisten Fällen bevorzugt sie daher die in näheren Beziehungen zu ihr Stehenden, die Ortsgebürtigen und weiterhin die am Ort Unterstützungsberechtigten. Darüber hinaus bleibt aber eine große Zahl Arbeitsloser, nach deren Ortsgebürtigkeit und Unterstützungswohnsitz Niemand fragte, als die Industrie bei glänzendem Geschäftsgange sie massenhaft in die Stadt lockte. Einen Theil derselben nimmt das platte Land wieder auf, und zwar sind es die öffentlichen Arbeitsnachweise, welche mit Erfolg in dieser Richtung wirken. Allein der Arbeitsnachweis ist nur eine Ausgleichsstelle, er kann selbst keine Arbeit schaffen, und trotz aller Bemühungen bleibt noch eine große Schaar solcher, für die weder Arbeitsnachweis noch Gemeinde Arbeit bieten, die aber andererseits, zum Theil aus Familienrücksichten, nicht aufs Gerathewohl fortziehen können. Je mehr Deutschland zum Industriestaat und je größer demzufolge der Kreis der von den wirthschaftlichen Rückschlägen plötzlich Betroffenen wird, desto nothwendiger wird ein Eingreifen von Staats-, bezw. Reichswegen mittelst einer Arbeitslosenversicherung. Ohne einen solchen umfassenden Schutz der Arbeitswilligen wird alle Hülfsaktion der Gemeinden, so verdienstlich sie im einzelnen sein mag, nothwendig nur Stückwerk bleiben müssen.

Verantwortlich: Thorade, Oldenburg. Druck von B. Scharf, Oldenburg.

